



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



10.09.2015

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Juncker-Rede im Zeichen der Flüchtlingskrise

Flüchtlingsströme: Die ablehnende Haltung einiger Mitgliedsstaaten, was die Aufnahme von Asylsuchenden angeht, und die Überforderung der Länder an den EU-Außengrenzen, haben zu alarmierenden Zuständen geführt. Es mangelt an Unterkünften und Versorgung. Ausschreitungen zwischen Sicherheitskräften und Flüchtlingen häufen sich. Die gemeinsamen Asylstandards werden nicht eingehalten. Für ein europaweit einheitliches Vorgehen ist es allerhöchste Zeit, und dies ist, wie EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in seiner „Rede zur Lage der Union“ am Mittwoch klarstellte, die einzige Lösung. Es sei eine Frage der Menschlichkeit und der Würde, Flüchtlinge aufzunehmen und Solidarität zu zeigen. Er erinnerte an die vielen Europäer, die im letzten Jahrhundert anderswo Zuflucht suchen mussten und fanden. Heute ist die EU ein Ort des

Friedens und der Sicherheit und steht damit in der Pflicht. Die Kommission hat jetzt einen dauerhaften Verteilungsmechanismus vorgeschlagen, den auch ich für eine faire Lösung halte. Außerdem soll eine Liste von sicheren Herkunftsländern beschlossen werden, damit unter den schwierigen Bedingungen diejenigen Flüchtlinge schneller versorgt werden können, die unsere Hilfe am dringendsten benötigen. Dies bedeutet keine Einschränkung der Asylrechte, sondern eine Konzentration auf diejenigen, die besonders schutzbedürftig sind. Ein Notmechanismus soll die kurzfristige Umsiedlung von 160 000 Flüchtlingen aus Griechenland, Ungarn und Italien ermöglichen. Die Flüchtlingsproblematik kann nicht durch Wegsehen oder Wegsperrern mit Mauern gelöst werden. Es müssen auch die Ursachen bekämpft werden. Die Kommission plant hierfür einen Notfallfonds. Wir müssen außerdem den politischen Druck auf diejenigen EU-Staaten erhöhen, die sich bisher strikt weigern, weitere Flüchtlinge aufzunehmen – ich habe daher

vor einigen Tagen Änderungsanträge zum Haushaltsplan 2016 eingereicht, die die Streichung von Strukturfondsgeldern für solche Länder vorsehen. Denn Solidarität in der EU ist keine Einbahnstraße: Wer keine Flüchtlinge aufnimmt, soll auch nicht auf die Solidarität der anderen zählen können!

Klonverbot wird weiter verschärft

Das Parlament will ein noch schärferes Klonverbot als von der Kommission jetzt vorgelegt. Wir fordern eine Ausweitung des Verbots auf alle Nutztiere. Auch sollen Nachkommen von Klontieren, sowie deren Produkte, weder vermarktet, noch durch Drittstaaten in die EU eingeführt werden dürfen. Die Umsetzung soll durch eine unmittelbar verpflichtende Verordnung erfolgen. Also ein einheitliches Verbot. Ich unterstütze diesen Vorschlag im Sinne des Tierwohls und der Gesundheit der Bevölkerung. Nur mehr Transparenz und verpflichtende gesetzliche Regelungen können hier klare Verhältnisse schaffen.

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



10.09.2015

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Reaktionen auf „Right2Water“

Jeder muss Zugang zu sauberem Trinkwasser und einer sanitären Grundversorgung haben – so lautete eines der Hauptanliegen der ersten erfolgreichen Europäischen Bürgerinitiative „Right2Water“. Dem kann ich nur beipflichten. Umso ärgerlicher, dass die – rechtlich nicht bindende – Resolution zu diesem Thema, für die die Linksfraktion verantwortlich zeichnete, völlig an der Sache vorbei ging und eine Komplettverstaatlichung der Daseinsvorsorge forderte. Ich habe dem Text nicht zugestimmt, weil ich wie meine Fraktionskollegen der Meinung bin, dass es nicht an der EU ist, über die Wasserversorgung vor Ort zu bestimmen: Die Kommunen sollten auch weiterhin selbst entscheiden können, wie sie die Wasserversorgung organisieren.

Förderung des unternehmerischen Denkens

Das Parlament setzt sich für den Erwerb von unternehmerischen Fähigkeiten auf allen Bildungsebenen

ein. Die Mitgliedsstaaten sollen einen größeren Schwerpunkt auf berufsbezogene Fächer wie Wirtschaft, Buchhaltung, Rechnungswesen und Fremdsprachen legen, um jungen Menschen den Übergang in die Arbeitswelt zu erleichtern.

Robbenjagd weiter eingeschränkt

Das Parlament hat weitere Einschränkungen der Robbenjagd mit großer Mehrheit beschlossen. Das Gesetz über das Verbot des Handels mit Robbenerzeugnissen enthielt bisher zwei Ausnahmen. Eine davon, die Jagd zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Meeresressourcen, wurde nun komplett abgeschafft. Die weiterhin zulässige, traditionelle Jagd der Inuit und anderer indigener Gemeinschaften wurde auf wenige Ausnahmen beschränkt.

Unterstützung für Familienunternehmen

Mit einem Anteil von 60 % aller Firmen spielen Familienunternehmen eine wichtige Rolle in der EU. Sie stehen für Stabilität und garantieren in ihren

Gemeinden oft langfristig Arbeitsplätze. Wir möchten diese wichtigen Arbeitgeber daher mehr unterstützen, vor allem bei ihrer meist größten Herausforderung: der Übergabe an die nächste Generation. Auch der Zugang zu Finanzmitteln soll vereinfacht werden.

Neuigkeiten aus meinem Büro

Seit Anfang des Monats unterstützen mich Luzie Trittnner aus Heidenheim, die in Passau Jura studiert und ein dreimonatiges Praktikum im Brüsseler Büro absolviert, und Nathan Mathai, „Austauschpraktikant“ und Student an der Furman-Universität in South Carolina (USA). Sie folgen auf Sigrid Weber und Konstantin Eisel, denen ich beiden weiterhin viel Erfolg bei ihrem Studium in Konstanz wünsche. Vielen Dank für die tatkräftige Mitarbeit!

Besuch aus der Heimat

Diese Woche konnte ich mich über den Besuch des CDU-Kreisverbands Main-Tauber freuen.

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle